



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung II Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 3. Mai 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-69-0021

Trotz Arbeitnehmermarkt hohe Arbeitslosenquote in der Landeshauptstadt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 08.03.2023 -

- Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 14.03.2023 (BP 0028) -

Beschluss Nr. 0028 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 14.03.2023

Der Antrag wird in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten

1. aus welchen Gründen die Arbeitslosenquote in Wiesbaden im direkten Vergleich mit Städten wie Frankfurt am Main wiederholt höher ist und zu einer der höchsten Arbeitslosenquoten zählt, obwohl sich der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren von einem Arbeitgeber- zu einem Arbeitnehmermarkt verändert hat?
2. wie viele Personen (aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht und Dauer des Leistungsbezugs) unter den Personenkreis des SGB II bzw. SGB III fallen?
3. wie viele Jugendliche nach dem Schulabschluss von Arbeitslosigkeit betroffen sind und weshalb sie bisher nicht in den regulären Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten? Hierbei soll zwischen den unterschiedlichen Schulabschlussformen unterschieden werden.
4. inwieweit die Entwicklung der Arbeitslosigkeit mit einer Entwicklung des Finanzmitteleinsatzes im Zusammenhang steht, d.h. ob ein finanzieller Mehreinsatz einen positiven Effekt auf die Arbeitslosenquote hat?
5. welche allgemeinen Maßnahmen zur Gegensteuerung der hohen Arbeitslosenquote in Wiesbaden durch die Landeshauptstadt erhoben werden? Die konkreten Maßnahmen des zuständigen Dezernats sollen dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgestellt werden.
6. ob die Möglichkeit genutzt wurde und wird, sich an den Maßnahmenpaketen anderer hessischer Kommunen zu orientieren, die ihre Arbeitslosenzahlen im Allgemeinen und im Besonderen die der Jugendarbeitslosigkeit positiv beeinflussen konnten? Die Landeshauptstadt Wiesbaden soll in einen konkreten Austausch mit der Stadt Frankfurt am Main und Offenbach gehen und evaluieren, welche Verbesserungsmöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft wurden.
7. Die Ergebnisse und die konkreten Maßnahmen sollen dem Ausschuss sowie dem Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie zeitnah präsentiert werden.

Beschluss Nr. 0058

Der Ausschuss nimmt den Beschluss Nr. 0028 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 14.03.2023 zur Kenntnis.

Wiesbaden, .05.2023

Sebastian Rutten
Vorsitzender